bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 15 | 17. Juli 2008

Rechte Szene 2

Kleinkrieg und Intrigen
Die NPD in Thüringen zerlegt sich selbst vor den Landtagswahlen im nächsten Jahr.

Neue Gesichter der Braunen
NPD-Strategen setzen verstärkt auf den Einsatz von Frauen – die rechtsextreme Partei will sich ein besseres Image verpassen.

Latent gewaltbereit
Neonazi Karl Polacek meldet sich zurück.

„Macht des Teufels“
Untergetauchter Volksverhetzer hofft auf Gnade.

Ausland 6

Offener Judenhass
Militante Neonazigrüppchen in Frankreich und ihre scheinbar ungewöhnlichen Bündnispartner.

Verfassungsschutz 8

Organisierendes Zentrum
Für Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann stellt die NPD nach wie vor eine Bedrohung der Demokratie dar.

Grauzone 9

Mandat auf Abruf
„Bürger in Wut“ kommen doch in die Bremische Bürgerschaft – NPD begrüßt neue Volksverhetzungs-Kampagne der Wählervereinigung.

„Bündnis für Heimat“
Der revanchistische Nachwuchs will zu-sammenarbeiten.

Rezension 10

Demaskierung
NPD-Gebaren auf dem Seziertisch.

Nachwendefolgen
Ostdeutsche Jugendliche als Opfer der Individualisierung?

Meldungen 12

Rechte Szene

Kleinkrieg und Intrigen

Die NPD in Thüringen zerlegt sich selbst vor den Landtagswahlen im nächsten Jahr.

Es hätte alles so schön werden können aus Sicht der NPD-Oberen. Nach einer Reihe von Landtagswahlen im Westen, bei der es für die Voigt-Truppe nichts zu holen gab, konnten sie sich Hoffnung machen, in Thüringen mal wieder mehr als nur ein Ergebnis am Rande der Wahrnehmungsschwelle zu erzielen. DVU-Bundesorganisationsleiter Matthias Faust hatte als Gastredner im Mai beim NPD-Parteitag in Bamberg signalisiert, dass die Frey-Partei bei der Landtagswahl in Thüringen im kommenden Jahr der NPD das Feld überlassen könnte. Und noch in der Juli-Ausgabe des Parteiblatts „Deutsche Stimme“ zeigt sich Thüringens NPD-Vorsitzender Frank Schwerdt „zuversichtlich“, dass sein Landesverband „das Superwahljahr 2009 erfolgreich meistern“ werde.

Doch Schwerdts Erwartung, Thüringens NPD habe die internen Spannungen überwunden, war trügerisch. Zwar hatte er sich beim – nach der Wahl des Vorsitzenden abgebrochenen – Landesparteitag im April mit 60:40 Prozent gegen Thorsten Heise durchgesetzt; zwar war bei einem Folgeparteitag Ende Mai der Landesvorstand ganz nach seinem Geschmack komplettiert worden – ohne Heise. Doch Ruhe kehrte nicht ein. Schon vor den Parteitagen hatte sich eine Schlammschlacht zwischen Schwerdt-Gegnern und seinen Unterstützern entwickelt. Nahtlos ging es danach weiter. Gegenseitig attestiert man einander Unfähigkeit und Faulheit. Spekuliert wird, ob Vertreter der einen oder der anderen Seite heftiger dem Alkohol verfallen sind. Auch der Vorwurf homosexueller „Verfehlungen“ taucht des Öfteren auf.

Vor allem der NPD-Kreisverband Erfurt mit seinem Vorsitzenden Kai-Uwe Trinkhaus, der Heise unterstützt hatte, schoss quer. Aus der Internetseite der NPD Erfurt wurde inzwischen die einer „Nationalen Plattform Deutscher Erfurter“ (npde), und Trinkaus & Co. ließen wissen, dass sie bei der Kommunalwahl nicht als NPD, sondern unter dem Label „Pro Erfurt“ antreten würden. Auf der Homepage wurde der Kleinkrieg gegen Schwerdt und seinen Stellvertreter Patrick Wieschke fortgesetzt. Sich „geradezu krimineller Mittel“ zu bedienen, wird dem Landesvorstand vorgehalten. Wieschke habe zugegeben, illegal Telefonmitschnitte von vertraulichen Gesprächen gemacht zu haben. Vollmundig verlangten die anonymen Autoren am 8. Juli den sofortigen Rücktritt von Schwerdt und Wieschke und ihren Parteiausschluss.

Die Retourkutsche folgte am Tag darauf. Der Landesvorstand beschloss, Trinkaus und den Erfurter Kreisschatzmeister Konrad Förster wegen parteischädigenden Verhaltens auszuschließen. Sie hätten ihre Funktionen und Möglichkeiten innerhalb der NPD dazu missbraucht, eine Konkurrenzorganisation aufzubauen. Während insbesondere Förster in Internetforen beinahe genüsslich von einer Spaltung der Landespartei und einer Austrittswelle spricht, will der Schwerdt-Vorstand von einem solchen Debakel nichts wissen: „Die meisten einstigen Mitstreiter der beiden Männer haben sich inzwischen selbst von ihnen distanziert. Das Himmelfahrtskommando ‘Pro Erfurt’ wird jedenfalls lediglich von einer verschwindend geringen Minderheit getragen, genauer gesagt lediglich von einer Handvoll Mitglieder.“

Abgetaucht ist derweil Thorsten Heise, den die Gruppe um Trinkaus bei ihrem Versuch, die Macht im Landesverband zu übernehmen, gerne dabei gehabt hätten. Zwar heißt es nun in der Erklärung des Landesverbandes, Heise habe mit der thüringischen „Pro“-Gründung nichts zu tun und distanziere sich „von jeder Form der Spaltung“. Ein deutliches Bekenntnis zum Schwerdt-Vorstand ist das freilich nicht, wird doch gerade dem von seinen Gegnern vorgeworfen, seinerseits auf eine Spaltung hingearbeitet zu haben.

Thüringens NPD, so scheint es, hat ihr rapides Wachstum – von 2005 bis 2007 stieg die Zahl der Mitglieder von 240 auf 550 – nicht verkraftet. Es war ein rein quantitatives Wachstum. Qualitativ hat sich das Personal kaum weiterentwickelt: Die Hoffnung auf Landtagsmandate ließ bei den Kontrahenten letzte Hemmschwellen fallen und förderte das Intrigantenspiel. Bei manchen extrem rechten Parteien war erst nach einem Wahlerfolg erkennbar, wie desolat ihr Personal tatsächlich ist – Thüringens NPD ermöglicht solche Einblicke schon vorher.

Tomas Sager

Neue Gesichter der Braunen

NPD-Strategen setzen verstärkt auf den Einsatz von Frauen – die rechtsextreme Partei will sich ein besseres Image verpassen.

Die Strategie der Neonazis geht zunehmend auf: nationale Frauen wirken positiv auf das Stimmverhalten von Wählern und sind eine enorme Hilfe beim Marsch in kommunale Instititutionen. Junge Mädchen und Frauen aus den Reihen der NPD verkörpern gezielt den Typus harmlose junge Mutter, die sich für deutsche Politik engagiert. Ihnen wird nicht nur die Rolle als besorgte Erzieherin, sondern auch die einer bürgernahen Kämpferin für soziale und regionale Themen verstärkt abgenommen. War 2006 unter den 36 Direktkandidaten in Mecklenburg-Vorpommern noch eine einzige Frau, so setzt die rechtsextreme Partei bei kommenden Wahlen verstärkt auf die Magnetwirkung weiblicher Kandidaten. Positive Erfahrungen bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt im April 2008 haben die Parteistrategen in diesem Trend bestärkt. Unter den 13 neuen NPD-Kommunalpolitikern sind sechs Frauen, die mit einem Mandat in die Kreistage einziehen.

Judith Rothe ist eines dieser neuen Gesichter der Braunen: eine junge Frau mit Grübchen und festem Blick, im rosafarbenen Blazer. Freundlich lächelnd forderte die 1979 geborene Mutter von drei Kindern auf den Wahlplakaten: „Deine Stimme gegen die Abzocke! Diesmal NPD". Ihr bürgernahes Engagement gegen die neue Satzung zur Abfallentsorgung oder für ein Müttergehalt bescherten ihr in ihrem Heimatort Sotterhausen gar 15 Prozent der Stimmen. Vor Rothes Lebensgefährten, dem polizeibekannten, tätowierten Kameradschafts- und JN-Aktivisten Enrico Marx hätten wohl mehr Wähler zurückgeschreckt. Mit der Taktik, „Frauen aus der Mitte des Volkes" gewähren zu lassen, ihnen ein „ehrliches Image" zu verpassen und die richtigen männlichen Berater an die Seite zu stellen, etabliert sich die NPD auch verstärkt im vorpolitischen Raum. So sitzt Rothe im Elternrat der Schule ihrer Söhne. „Von 24 Eltern gewählt", sagte sie stolz.

Der Frauenanteil im Landesverband Sachsen-Anhalt der NPD wird mittlerweile mit 40 Prozent angegeben. Den Landesvorsitz hat Carola Holz, Jahrgang 1957, arbeitslos, aus Bernburg inne. Sie ist eine von zwei amtierenden NPD-Funktionsträgerinnen auf Landesebene. Im Mai löste die langjährige ehemalige DVU-Aktivistin Dörthe Armstroff aus Weidenthal den Parteistrategen Peter Marx als Chefin des Landesverbandes in Rheinland-Pfalz ab. Sie war zunächst Landesvize und soll jetzt, mit den Kommunalwahlen 2009 im Blick, den rheinland-pfälzischen Rechtsextremisten ein besseres Image verpassen.

Armstroff ist seit der Gründung der NPD 1964 erst die vierte weibliche Landesvorsitzende. Von 2000 bis 2002 leitete Carola Nachtigal den damaligen Landesverband Berlin-Brandenburg. Als Bundesvorstandsmitglied der NPD erregte Nachtigal kein Aufsehen. Dabei gilt sie durchaus als Hardlinerin. Weniger angepasst verfolgte die angehende Handelsschullehrerin Anja Zysk aus Hamburg ihre politischen Ziele als NPD-Landesvorsitzende. Sie strebte die Etablierung sozialer Themen für die Nationalisten an und sorgte für Mitgliedernachwuchs. Dennoch wurde die selbstbewusste Aktivistin nach nur gut einem Jahr im Januar 2007 von innerparteilichen Feinden aus dem Amt gemobbt, um Platz für Jürgen Rieger als Landesvorsitzenden in Hamburg zu machen.

„Nichts mit Emanzentum zu tun"

Stella Hähnel, NPD-Durchstarterin und Multifunktionärin aus dem brandenburgischen Hohen Neuendorf, verpackt allzu starken weiblichen Ehrgeiz geschickt vor allem vor den Kameraden. Die 35-Jährige, die im Bundesvorstand der NPD sitzt, gehörte zunächst der Skingirl-Front Deutschland an, ist mittlerweile in der völkisch-biederen „Gemeinschaft deutscher Frauen" aktiv und gründete 2006 den „Ring Nationaler Frauen" (RNF) als Unterorganisation der NPD mit. Palau macht keinen Hehl daraus, dass sie bei den Kommunalwahlen 2009 in Brandenburg kandidieren und in den Kreistag von Oberhavel einziehen möchte. „Es wäre fast schon ein Frevel, nicht anzutreten", sagte sie gegenüber der Wochenzeitung „Freitag".

Vordem dürfte allerdings noch viel interne Parteiarbeit zu leisten sein, denn der verstärkte politische Einsatz von Frauen scheint in den Reihen von Kameradschaften und NPD nicht unumstritten. Viele Kameraden wünschen sich „Mütterfrauen", mit Haus und Herd als einzigem Einsatzort. Auch trauen sich viele Mädchen nicht offen zu reden, beschreibt Stella Hähnel die Situation in der Juni-Ausgabe der „Deutschen Stimme". Sie betont,

dass nationale Frauengruppen „nichts mit Emanzentum" zu tun hätten und ihre politische Arbeit auf keinen Fall eine Konkurrenz für die Männer darstelle. „Im Gegenteil", betont die Parteiaktivistin brav. Nur zaghaft schiebt sie Kritik nach, als sie betont, dass Frauen die Gesamtzahl der aktiven Mitglieder steigern, dementsprechend die „Arbeitsfähigkeit der Partei" verbessern würden und „auch in diesem Zusammenhang auf die Bedürfnisse von Müttern hier und da mehr Rücksicht genommen werden müsste".

„Frauen kommen einfach gut an bei den Menschen"

Als wichtigste NPD-Wortgeberin diktiert Hähnel die Linie: Frauen werden von Frauen nicht zum „Gleichsein" mit den Männern gedrängt, Gender Mainstreaming, also völlige Gleichberechtigung als politische Diktion wird abgelehnt, Frauen könnten auch aus dem Hintergrund heraus sinnvoll wirken. „Auch als Mutter führen sie täglich ihren Kampf gegen die verrohte Konsumgesellschaft", betont sie konservativ. Nachdem sie den männlichen Lesern der NPD-Zeitung die Angst vor zuviel weiblichem Ehrgeiz genommen hat, schiebt sie geschickt nach: man sehe aber deutlich, dass „Frauen in der politischen Arbeit einfach gut ankommen bei den Menschen." Denn, so Hähnel, „wir Frauen widerlegen allein mit unserem Wesen die Lügenmärchen vom gewalttätigen Rechten". Deshalb freut sich die Neonazistin, die mit dem polizeibekannten Kameradschaftsanführer Oliver Schweigert verheiratet war, wenn Frauen doch vorne mitstreiten.

In Nordrhein-Westfalen festigen Frauen seit Jahren die Basisarbeit von Kameradschaften und NPD. Dort bedurfte es wohl weniger einer Strategie, als der Notwendigkeit, die Arbeit inhaftierter Kameraden zu ersetzen. Mit der langjährigen Aktivistin Marion Figge aus dem Hochsauerlandkreis sitzt eine enge Weggefährtin von Daniela Wegener im Landesvorstand. Wegener gilt als einflussreich in den Reihen der Freien Kräfte, sie ist eine der wenigen weiblichen Redner bei Neonazi-Aufmärschen. Ihr Lebensgefährte ist Parteichef in Nordrhein-Westfalen. Deshalb scheint es kein Zufall, dass der Kreisverband Düsseldorf im Juni eine Frau, Nicole Schonhofen, zur Vorsitzenden wählte. Immerhin stehen im bevölkerungsreichsten Bundesland 2009 Kommunalwahlen an.

Auch in Berlin setzen sich nationale Frauen durch. Die Kulturwissenschaftlerin Manuela Tönhardt sammelte zunächst Erfahrungen als Mitarbeiterin der DVU-Fraktion im Potsdamer Landtag. Ihr Ehemann ist Landesvorsitzender der DVU in Brandenburg. Seit 2006 fungiert die DVU-Frau als Fraktionsvorsitzende der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Lichtenberg.

Eine Suppenküche für Bedürftige

Kritische Studien warnen seit Jahren vor der Bereitschaft junger Frauen, in die rechte Szene zu drängen. Rund 14 Prozent könnten sich laut einer Emnid-Befragung vom Juni 2007 vorstellen, rechts von der CDU zu wählen. Dabei sind bereits gefestigte Neonazistinnen nicht weniger fanatisch und ausländerfeindlich als die Männer. Aber manche von ihnen, wie Manuela Tönhardt, agieren eben cleverer. Brav im blauen Kostüm, mit besorgter Miene trat die 52-Jährige im letzten Jahr bei einer Bürgeranhörung an das Rednerpult und forderte eine spontane Sammelaktion zugunsten einer Suppenküche für Bedürftige im Bezirk. Eine Mütze ging durch die Reihen von Bezirkspolitikern und Zuhörern. Knapp 500 Euro wurden bis zum Ende der Sitzung gesammelt. Die NPD hatte dank Tönhardt einmal mehr ihr Ziel erreicht.

Auch bei den zurückliegenden Kreistagswahlen in Sachsen setzten die NPD-Strategen verstärkt auf den Einsatz von Frauen. Unter den 224 Bewerbern in den sächsischen Kreistagen waren 36 Frauen. Dennoch beklagt sich die Bundessprecherin des RNF, Gitta Schüßler aus Zwickau, vorsichtig: „Von insgesamt 45 frischgebackenen NPD-Kreisräten sind nur 4 weiblich!" Neben Schüßler wurde die NPD-Kreisvorsitzende Nicole Fortak im Vogtland zur Kreisrätin, Antje Hiekisch und Carmen Steglich professionalisieren sich künftig in Görlitz und in der Sächsischen Schweiz als Lokalpolitikerinnen. Aus Sicht des RNF sei hier aber „noch einiges zu tun", denn nächstes Jahr stehen in Sachsen Kommunal- und Landtagswahlen an. Schüßler betonte, dass viele Frauen an Schulungen der Kommunalpolitischen Vereinigung der NPD teilnähmen, um 2009 für die NPD kandidieren zu können. Mahnend schiebt sie nach: „Die Partei sollte dieses Potenzial nicht verschenken."

Andrea Röpke

Latent gewaltbereit

Neonazi Karl Polacek meldet sich zurück.

„Herzliche Grüße aus Griechenland, wo ich nach vielen langen Jahren des Herumirrens gestrandet bin“, verkündete unlängst der alternde Hardcore-Neonazi Karl Polacek (Jg. 1934) im „JVA Report“ des „Freundeskreises Brandenburg“. Fakt ist, dass sich Polacek wohl schon seit Jahren in Griechenland aufhält. Bereits 2001 wurde er in der Stadt Pyrgos verhaftet und musste eine mehrmonatige Haftstrafe absitzen. Zuvor hatte sich der gebürtige Wiener 1999 dem Antritt einer Freiheitsstrafe in Österreich wegen NS-Wiederbetätigung entzogen und war untergetaucht.

Der Österreicher Polacek hatte sich 1981 in der niedersächsischen 300-Seelen-Gemeinde Mackenrode niedergelassen. Dort baute er ein Schulungszentrum der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) auf und avancierte zur Vaterfigur der gewaltbereiten Skinheadszene in Südniedersachsen. 1991 war Polacek in den Schlagzeilen, weil zwei Skinheads aus seiner jugendlichen Anhängerschaft in der Sylvesternacht in der Göttinger Vorortgemeinde Rosdorf den 21-jährigen Alexander Selchow niedergestochen hatten. Der Bundeswehrsoldat starb im Krankenhaus. 1992 wurde Polacek, damals niedersächsischer FAP-Landesvorsitzender, wegen latenter Gewaltbereitschaft aus der Bundesrepublik ausgewiesen. Von Österreich aus beglückte Polacek seine bundesdeutsche Gefolgschaft bis 1998 mit seinem „Braunauer Ausguck“. Im dem primitiv gemachten Hetzblatt wurde Gewalt verherrlicht und der industriell betriebene Massenmord an Juden im Dritten Reich geleugnet.

Im „JVA Report“ ruft Polacek „alle jungen Kameradinnen und Kameraden“ auf, der NPD beizutreten. Auch er, der 1985 die NPD als Mitglied verlassen hatte, habe sich entschlossen, ihr wieder beizutreten. Bewogen zu diesem Schritt und zu dem Aufruf wurde Polacek Eigenangaben zufolge durch seinen einstigen politischen Ziehsohn Thorsten Heise, der heute dem NPD-Bundesvorstand angehört. Im „JVA-Report“ berichtet Polacek über einen Aufmarsch der „Patriotischen Allianz“ in Athen im Januar 2007. Einer der Redner dabei war der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt.

Anton Maegerle

„Macht des Teufels“

Untergetauchter Volksverhetzer hofft auf Gnade.

Der bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein erhielt jüngst ein „Begnadigungsgesuch“. Absender war der untergetauchte Justizflüchtling Johannes Lerle. Der 1952 in Halle geborene, bislang in Erlangen lebende Theologe war im Juni 2007 vom Amtsgericht Erlangen wegen Volksverhetzung in zwei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt worden. In einer Flugschrift mit dem Titel „War Jesus Christus ein Volksverhetzer?“, die Lerle auch im Internet verbreitetete, hatte er unter anderem verkündet: „Könnte es nicht eventuell sein, dass wir die Historizität der Gaskammern deshalb nicht anzweifeln, weil uns allen durch die grundgesetzwidrige Zensur die Sachargumente der Holocaust-Leugner verborgen sind? Könnte es nicht eventuell sein, dass wir aufgrund dieser Verdummung nicht auf den Gedanken kommen, dass wir lediglich Bestandteil einer von ‘jüdischen’ Meinungsmachern bewegten Volksmasse sein könnten?“. Lerle, der bereits mehrfach wegen Beleidigung verurteilt ist, schwadronierte vor Gericht über „Holocaust-Propaganda“ sowie „Holocaust-Religion“ und unterstellte der Justiz „Nazigeist“. Das Urteil gegen Lerle wurde im Oktober 2007 vom Landgericht Nürnberg-Fürth bestätigt.

Lerle, der sich der „National-Zeitung“ zufolge als „Soldat gegen die Macht des Teufels“ bezeichnet, stand im Juli 2007 dem rechtsklerikalen Internetportal kreuz.net als Interviewpartner zur Verfügung. Dort erklärte er: „Durch ein Sondergesetz, das mit dem Grundgesetz unvereinbar ist, wird der Holocaust zu einer staatlich verordneten Glaubenslehre, deren Leugnung strafrechtlich verfolgt wird – so wie die Ketzerei in früheren Jahrhunderten verfolgt wurde.“ Und weiter: „Wenn die Siegergeschichtsschreibung eines Tages zusammenbricht, dann steht die Justiz samt dem Bundesverfassungsgericht öffentlich als Bande krimineller Rechtsbeuger da.“ Wenige Wochen später tauchte der einstige Gelegenheitsautor der „Jungen Freiheit“ und Leserbriefschreiber der „Deutschen Stimme“ unter. Eine mögliche Begnadigung, so Lerle, solle an eine Adresse auf Gran Canaria oder am besten per E-Mail zugestellt werden.

Anton Maegerle

Ausland

Offener Judenhass

Militante Neonazigrüppchen in Frankreich und ihre scheinbar ungewöhnlichen Bündnispartner.

Zwei (oder drei) maskierte Männer durchqueren im Auto eine Hochhaussiedlung in Saint-Michel-sur-Orge, rund 20 Kilometer südlich von Paris, und ballern aus einer Maschinenpistole. Sie schießen in Mannshöhe aus dem fahrenden Auto. Mindestens 35 Schuss Munition vom Kaliber neun Millimeter werden abgefeuert. „Nur durch glücklichen Zufall", so wird die Staatsanwaltschaft kurz darauf konstatieren, gibt es keine Opfer, sondern sind nur Sachschäden zu verzeichnen. In dem Fahrzeug sitzen zwei respektive drei von wildem Hass erfüllte Neonazis. Ihre Schüsse feuern sie in Richtung der Einwohner einer Sozialbausiedlung in der Trabantenstadt ab.

Diese Szene trug sich nicht in einem Film zu, sondern ereignete sich Ende Mai wirklich. Im Anschluss wurde eine polizeiliche Durchsuchung bei den Hauptverdächtigen vorgenommen, die in einem Hangar in einem Industriegebiet ein ganzes Arsenal von Waffen zu Tage beförderte: Maschinenpistolen vom Typ Kalaschnikow und eine große Menge Munition, laut Staatsanwaltschaft „eines der bedeutendsten Waffenarsenale, das jemals in diesem Département entdeckt worden ist".

Kurz darauf wurden drei junge Männer – im Alter zwischen 20 und 24 Jahren – festgenommen. Sie wurden in Untersuchungshaft genommen, und ein Strafverfahren wegen Mordversuchs, Bildung eines bewaffneten Haufens und illegalen Waffenbesitzes wurde eingeleitet.

Alle drei jungen Männer haben bekannt, Mitglieder einer bis dato quasi unbekannten Neonazigruppe namens „Nomad-88" (mit der üblichen Buchstabenkombination „88" für „Heil Hitler") zu sein. Die Gruppierung, die weitgehend identisch mit „Nomad-Sécurité" – einem überwiegend aus Skinheads bestehenden Ordnerdienst für rechtsradikale Veranstaltungen und Konzerte – zu sein scheint, soll rund 30 Mitglieder umfassen. Die meisten davon im Raum Paris, mit einem Ableger im ostfranzösischen Nancy. Jüngst soll die Gruppe auch begonnen haben, im Raum Lyon Fuß zu fassen. Der Älteste der drei Festgenommenen, Camille F., gilt als ihr Anführer. Diese Prügelcombo ist wiederum teilidentisch mit der etwas größeren Gruppierung unter dem Namen La Droite Socialiste (Sozialistische Rechte), die sich insbesondere durch einen rabiaten Antisemitismus kennzeichnet. Letztere hat allerdings inzwischen erklärt, sie habe nicht viel mit den Schlägern und Skinheads von Nomad-88/Nomad-Sécurité zu tun, sie hätten ihr „lediglich als Ordnerdienst" gedient. Diese Begründung ist zwar fadenscheinig, belegt aber, dass La Droite Socialiste die feste Absicht hegt, weiterzumachen.

Bis dahin könnte man glauben, es handele sich um eine bedeutungslose Splittergruppe. Allerdings verfügt die Vereinigung über recht weitreichende Verbindungen. Camille F. nahm etwa am 24. Mai 2008 am „Nationalistenkongress" in Villepreux in der Nähe von Versailles teil, zu dem zwei stiefelfaschistische Gruppierungen – Renouveau français und Oeuvre française – aufgerufen hatten.

Anhänger der Droite Socialiste oder „Sozialistischen Rechten" nahmen aber auch am diesjährigen Aufmarsch des Front National (FN) am 1. Mai dieses Jahres in Paris teil, auch wenn sie bei der Kundgebung durch den Ordnerdienst ein wenig abgedrängt wurden. Dabei trugen sie Kopfbedeckungen, die an die französische Miliz während des Zweiten Weltkriegs erinnern sollen, schwarze Handschuhe und die bereits bei früheren Kundgebungen zu sehenden Fahnen der Droite Socialiste, Flaggen in den französischen Nationalfarben mit einem „V" im schwarzen Kreis in der Mitte.

Allianz mit schwarzen Rassisten und Antisemiten

Inzwischen hat die Droite Socialiste bekannt gegeben, sie habe ihre Reihen noch „verstärkt". Anfang Juli hat sich ihnen eine weitere Gruppe namens Réconciliation nationale (Nationale Versöhnung) angeschlossen, die bislang eher sektenähnlich auftrat. Ihr Anführer, Franck Abed, war 2006/2007 großspurig als „Präsidentschaftskandidat" aufgetreten, hatte dann aber nicht als Bewerber zur Wahl antreten können. Die Gruppe bezeichnete sich als „bonapartistisch" und zeichnete sich durch einen starken „Eurasien"-Fimmel aus. Durch Antisemitismus stachen die Neuzugänger bisher nicht sonderlich hervor, aber für La Droite Socialiste ist er absolut zentral: In ihren Augen ist

„der Zionismus, der die Nationalstaaten von innen heraus zerstört, der Hauptfeind“. Die Droite Socialiste wirft anderen rechtsextremen Gruppen vor, hinter ihrer Agitation gegen Einwanderer, Afrikaner und Moslems mehrheitlich diesen „Hauptfeind“ nicht sehen zu wollen.

Aber auch wesentlich ungewöhnlichere Kontakte zeichnen sich ab. So organisierte die Droite Socialiste am 8. Mai dieses Jahres eine kleine Kundgebung in der Nähe des Saint-Michel-Brunnens in der Pariser Kernstadt – zusammen mit der „Bewegung der Verdammten des Imperialismus“ (MDI, Mouvement des damnés de l'impérialisme). Bei letzterer Gruppierung handelt es sich um die früheren Anhänger der 2006 verbotenen „Tribu K“, einer Bewegung schwarzer Rassisten und Antisemiten, die für Rassentrennung eintreten und sich für die Abkömmlinge eines alten Herrenvolks namens „Kemiten“ – in Abgrenzung zu den Semiten – erklären.

„Der Zionismus als Hauptfeind“

Ihr Anführer „Kémi Séba“, mit bürgerlichem Namen Stellio Capochichi, rechtfertigte diese Strategie des Bündnisses mit weißen Rassisten und Neonazis im Oktober 2006 folgendermaßen: „Die Wut, die seit 20 Jahren in den Banlieues kocht, ist durch die zionistischen Laboratorien wie SOS Racisme und Co. kanalisiert und auf den idealen Sündenbock in Gestalt der nationalen Rechten umgeleitet worden. Ich selbst bin im Geiste des Hasses auf diejenigen, die ihr Land lieben, erzogen worden – bis ich die Augen öffnete und jene erkannte, die uns manipulieren, also die Zionisten.“ In diesem Zusammenhang wird Capochichi am 2. September wegen antisemitischer Äußerungen in Paris vor Gericht stehen.

Und er fügte damals noch hinzu: „Frankreich ist zu einem Konzentrationslager geworden, das die rassische Würde jedes Volkes erstickt. Jede menschliche Gattung hat das Recht, in ihrem Lebensraum zu leben, mit ihren eigenen Gütern. Deswegen sind die Kemiten hier: Sobald wir Entschädigungszahlungen – dieselben wie die von Nürnberg – bekommen haben, werden wir zu uns nach Hause zurückkehren.“ Er bietet den weißen Rassisten also – für den Fall, dass den Schwarzen Reparationszahlungen für Sklaverei und Kolonialismus geleistet würden – die Perspektive einer „Rückkehr“ der in Frankreich lebenden Schwarzen sowie der rassischen „Entmischung“ an. Treten doch beide Seiten für eine Idee der „Reinheit“ durch Nichtvermischung ein.

Während der Antizionimus in den großen Parteien der französischen extremen Rechten nahezu keine Rolle spielt – traditionell war ein Teil dieses Spektrums eher pro-israelisch, aufgrund des Bündnisses Frankreichs mit Israel während des Algerienkrieges und der Kolonialkriege in den 60er Jahren –, bildet er einen ideologischen Kitt für die Allianz dieser Sorte Neonazis mit der „Tribu K“.

Zur nötigen Begriffsklärung: „Antizionismus“, in all seinen Varianten, nennt man die Ablehnung eines (mehrheitlich) jüdischen Nationalstaats in Israel. Für eine solche Haltung kann es zwar völlig unterschiedliche Gründe geben; manche radikale israelische/jüdische Linke beispielsweise definieren sich als „antizionistisch“, da sie für einen „gemischten“ jüdisch-arabischen Staat als Lösungsperspektive für die israelisch-palästinensischen und israelisch-arabischen Konflikte eintreten. Wie immer man dies politisch bewertet – es basiert jedenfalls auf einer grundsätzlich humanistischen Haltung. Nichts dergleichen gilt für den „Antizionismus“ jener Prägung, wie ihn unter anderem die Neonazigruppierung La Droite Socialiste oder die schwarze Rassisten- und Antisemitentruppe „Tribu K“ alias „Bewegung der Verdammten des Imperialismus“ vertreten. Bei ihnen dient die Chiffre „Antizionismus“ ausschließlich zur Maskierung eines unverhüllten, offenen, ungebändigten Judenhasses. Wenn sie „Zionisten“ und „zionistische Politik“ sagen, dann meinen sie unverblümt „Juden“ und „Weltherrschaft“. Damit stehen sie freilich nicht allein.

Der allererste öffentliche Auftritt von La Droite Socialiste war eine Kundgebung im März 2008 – die allerdings nur zehn bis maximal 15 Personen anzog – gegen den Staatsbesuch des israelischen Präsidenten Shimon Peres in Paris.

Der Aufschwung von Splittergruppen wie Nomad-88, La Droite Socialiste und anderen militanten Vereinigungen hängt eng mit dem momentanen Niedergang des Masseneinflusses etablierter rechtsextremer Parteien wie des FN und des MNR (Nationale republikanische Bewegung) zusammen.

Bernhard Schmid

Verfassungsschutz

Organisierendes Zentrum

Für Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann stellt die NPD nach wie vor eine Bedrohung der Demokratie dar.

Die Zahl rechtsextremer Straftaten ist im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt gegenüber dem Vorjahr um fast 9 Prozent auf 1350 Delikte angestiegen. Das geht aus dem Verfasssungsschutzbericht 2007 hervor, den Innenminister Holger Hövelmann (SPD) vorgelegt hat.

Der Anstieg der Deliktzahlen ist dem Bericht zufolge in erster Linie auf eine starke Zunahme der Propagandadelikte zurückzuführen. Rechtsextreme Gewalttaten gingen dagegen um fast 19 Prozent auf 99 Taten zurück (2006: 122).

Kristallisationspunkt der Neonaziszene war wie in den Vorjahren das Anwesen von Enrico Marx in Sottershausen im Landkreis Mansfeld-Südharz. In dem Objekt finden wöchentlich Szene-Partys statt. Die oft zeitgleich stattfindenden Proben rechtsextremer Bands werden dabei oftmals für das Publikum geöffnet und nehmen so Konzertcharakter an. Marx und seine Lebensgefährtin Judith Rothe werden von den Verfassungsschützern nach wie vor zu den umtriebigsten Neonazis in Sachsen-Anhalt gerechnet. Marx wurde kürzlich durch eine baurechtliche Verfügung die Nutzung des Saales auf seinem Anwesen für Szene-Partys und Konzerte untersagt. Da er gegen diese Untersagungsverfügung mehrfach verstoßen hat, wurden gegen ihn zwischenzeitlich erhebliche Bußgelder verhängt. Da ihm ebenfalls die Gewerbeerlaubnis für seinen recht erfolgreichen Musik-Vertrieb Barbarossa-Records entzogen wurde, dürften die Bußgelder ihn nach Ansicht der Verfassungsschützer in erhebliche wirtschaftliche Probleme bringen.

Die Zahl der in Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen organisierten Mitglieder ging 2007 um 50 auf 350 Personen zurück. Der Rückgang ist hauptsächlich darauf zurück zu führen, dass die „Exilregierung Deutsches Reich“ im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt zwei Drittel ihrer Mitglieder durch Austritt verlor. Der Organisation werden derzeit in Sachsen-Anhalt noch 30 bis 40 Personen zugerechnet. Sieben davon bekleiden auf Bundesebene ein Amt in den zahlreichen „Ministerien“ der Gruppierung.

Auch die DVU ist in Sachsen-Anhalt praktisch nicht mehr existent. Dem 1998 mehr als 700 Mitglieder starken Landesverband verblieben nur noch etwa 30, die sich zu unregelmäßig statt findenden Stammtischen in Halle Dessau-Roßlau und Bitterfeld versammeln.

Bedeutendste rechtsextreme Partei ist und bleibt auch in Sachsen-Anhalt die NPD. Ihr Mitgliederbestand stagnierte 2007 nach Ansicht der Verfasssungssschützer bei etwa 260 Personen. Für Minister Hövelmann ist die NPD als organisierendes Zentrum des Rechtsextremismus nach wie vor eine Bedrohung für die Demokratie. Ihr Verbot bleibe auf der Tagesordnung, auch wenn es derzeit dafür keine Mehrheit in den antragsberechtigten Verfassungsorganen gebe.

Bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr in Sachsen-Anhalt erzielten rechtsextreme Parteien insgesamt 15 Mandate. Davon entfielen 13 auf die NPD. Hövelmann betrachtet diese Zahl zwar noch nicht als Besorgnis erregend, sie bedeutet aber immerhin einen Anstieg von über 60 Prozent. Je ein Mandat entfielen auf die DVU und die Deutsche Partei (DP).

Die NPD-Jugendorgansiation JN hat in Sachsen-Anhalt etwa 50 Mitglieder, die ausschließlich der Neonaziszene zugerechnet werden. Trotz vielfältiger, zum Teil öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten und einer offensiven Internetpublizistik ist es der Organisation nicht gelungen, ihren Mitgliederbestand nennenswert zu erhöhen. Da aber beim JN-Bundeskongress am 6. Oktober in Hausneindorf im Landkreis Harz zahlreiche JN-Mitglieder aus Sachsen-Anhalt in den Bundesvorstand gewählt wurden, wurde die Bundesgeschäftsstelle des NPD-Nachwuchses zwischenzeitlich von Sachsen nach Sachsen-Anhalt verlegt. Diese befindet sich jetzt in den Räumen des JN-Landesverbandes im „Nationalen Zentrum Bernburg“.

Die Zahl der Neonazis ist 2007 nach Erkenntissen der Verfassungsschützer um etwa 20 auf 270 angestiegen, die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten mit rund 800 etwa gleich geblieben.

Eberhard Löblich

Grauzone

Mandat auf Abruf

„Bürger in Wut" kommen doch in die Bremische Bürgerschaft – NPD begrüßt neue Volksverhetzungs-Kampagne der Wählervereinigung.

In der Bremischen Bürgerschaft, dem Parlament des kleinsten Bundeslandes, nimmt ein weiterer Rechtsaußen Platz: Jan Timke, Bundesvorsitzender der Wählervereinigung „Bürger in Wut" (BiW), wird neben Siegfried Tittmann (bis Herbst 2007 Abgeordneter der DVU und seitdem Chef der Wählervereinigung „Protest der Bürger") dieses Spektrum abdecken. Allerdings ist noch unklar, wie lange Jan Timke das Mandat wahrnehmen darf. Denn gegen ihn steht im September ein Strafprozess an.

Der Polizeibeamte muss sich vor dem Amtsgericht Bremerhaven verantworten, weil er „Wahlfälschung" begangen haben soll. Angeblich hat er sich in Bremerhaven in das Wählerverzeichnis eintragen und in die Liste der Wahlvorschläge aufnehmen lassen, obwohl er mit seinem ersten Wohnsitz in Berlin ansässig war. Das Strafgesetzbuch sieht für den Fall einer Verurteilung eine Höchststrafe von bis zu fünf Jahren vor.

Noch wird Timke jedoch den Triumph genießen, den er bei der Bürgerschafts-Nachwahl im Bremerhavener Wahlbezirk Eckernfeld erreichen konnte. Dort erzielten die BiW mit 27 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen fast so viele wie die favorisierte SPD, die es auf 29 Prozent brachte. Durch das sehr gute Abschneiden in Eckernfeld kamen für die „Bürger in Wut" in Bremerhaven 5,29 Prozent der Stimmen zustande – und das ermöglichte den Einzug in die Bürgerschaft.

Den hatten die BiW bei der eigentlichen Bürgerschaftswahl im Mai 2007 um nur eine Stimme knapp verpasst. Wegen schwerer Verstöße gegen die Wahlordnung rief die Timke-Truppe den Staatsgerichtshof an und setzte sich durch: In Eckernfeld musste nachgewählt werden.

Die Einschätzung, dass die „Bürger in Wut" im Rechtsaußen-Spektrum zuhause sind, wird durch die Lektüre programmatischer Veröffentlichungen dieser Wählervereinigung unterstrichen. Darin fordern die BiW unter anderem massive Begrenzungen beim Ausländeranteil, der in allen Gemeinden und Städten auf einen Richtwert von 15 Prozent verringert werden solle. Zwar distanziert sich die Wählervereinigung „Bürger in Wut" in ihrem Programm von den Verbrechen der Nazizeit. Aber fast im gleichen Atemzug wendet sie sich „mit Entschiedenheit" gegen die „Instrumentalisierung der Vergangenheit zum Zwecke der Durchsetzung politischer Konzepte und Zielsetzungen". Und sie wettert gegen „Denkverbote" und das Tabuisieren von Themen im Namen der „Political Correctness" – in rechten Kreisen oft eine Anspielung auf die juristischen Maßnahmen gegen Holocaust-Leugner. In diesem Zusammenhang sind die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der „Bürger in Wut" ebenfalls bemerkenswert. Vertreten wird „das Konzept der Fairen Marktwirtschaft": Unternehmer und Gegner sehen sich hier nicht als Gegner, sondern als „gleichwertige Partner, die im gemeinsamen Interesse konstruktiv zusammenwirken" müssen.

Die Ziele der BiW sollen auch mit Hilfe von längerfristig angelegten bundesweiten Kampagnen verfolgt werden. Eine der Kampagnen richtet sich gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Die jüngste Kampagne wurde im Januar 2008 gestartet. Sie will auf dem Petitions-Wege erreichen, dass der Volksverhetzungs-Paragraph erweitert wird. Demnach sollen Ausländer belangt werden können, die Deutsche zum Beispiel als „deutsche Schlampe" oder „Schweinefresser" beschimpfen. Angeblich wird eine entsprechende Bundestags-Petition bereits von mehr als 10 000 Personen unterstützt. Darunter dürften auch manche ausgewiesene Rechtsextremisten sein. Denn die NPD begrüßt die Kampagne und ruft „alle Volksgenossen" zum Mitmachen auf.

Sollte Jan Timke aufgrund eines Wahlfälschungs-Urteils sein Bürgerschafts-Mandat nicht ausüben, würde voraussichtlich Annefriede Laue aus Bremerhaven nachrücken. Ebenfalls aufgrund des Wahlfälschungs-Tatbestandes wurde gegen sie ein Strafbefehl über 2700 Euro erlassen, gegen den sie allerdings Einspruch eingelegt hat. Für kurze Zeit war Frau Laue eine von drei BiW-Abgeordneten in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung, dem Stadtparlament. Im Zuge der gegen sie geführten Ermittlungen trat sie jedoch zurück.

Thomas Klaus

„Bündnis für Heimat“

Der revanchistische Nachwuchs will zusammenarbeiten.

„In großer Sorge um das geschichtliche und kulturelle Erbe und die Zukunft der deutschen Heimatvertriebenenverbände“ haben die „Jungen Witikonen“ im „Witikobund e.V.“ und die Bundesgruppe der „Schlesischen Jugend“ am 19. Juni eine so genannte „Cannstatter Erklärung“ verabschiedet. Neben einer zukünftigen „engen und intensiven“ Zusammenarbeit wollen die beiden revanchistischen Nachwuchsorganisationen gemeinsame Tagungen und Veranstaltungen durchführen sowie Nachwuchs- und Mitgliederwerbung betreiben. Den „derzeitigen Kurs“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) unter Führung der CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach halten die Jungen Witikonen und die Schlesische Jugend für „falsch“. Appelliert wird in der „Cannstätter Erklärung“ an die Jugendverbände im Umfeld der Heimatvertriebenen – „denen ihre Heimat noch am Herzen liegt“–, sich dem „Bündnis für Heimat“ anzuschließen. In Planung für das Jahr 2009 sind Fahrten in die ehemaligen deutschen Provinzen Schlesien und Sudetenland.

Unterzeichnet wurde die „Cannstatter Erklärung“ von Christian Elser, Beauftragter der Jungen Witikonen, Marius Forsch, baden-württembergischer Landesvorsitzender des Witikobund, und von Gernod Kresse, Bundesvorsitzender der Schlesischen Jugend. Die Unterzeichner sind aus extrem rechten Zusammenhängen bekannt. Elser, vormals Landesbeauftragter der Deutschen Partei in Baden-Württemberg, ist derzeit für die Allianz DIE DEUTSCHEN aktiv. Frosch, Jahrgang 1981, war bislang unter anderem bei der FDP, den Republikanern, der NPD, der Christlichen Mitte, dem Freundeskreis Jürgen W. Möllemann, der Deutschen Partei, dem „Kreis Christlicher Patrioten“ und der Bürgerbewegung pro Stuttgart aktiv. An der „Jungen Freiheit“ und deren Leserschaft schätzt Frosch, dass sie sich „vor nichts beugen, weder vor Tyrannenstühlen, vor Innenministern und vor Zentralräten.“ Kresse war einst Funktionär der NPD-Jugendorganisation JN in Niedersachsen. Er vertritt nach wie vor die Auffassung: „Schlesien bleibt unsere Heimat und unsere Identität“.

Anton Maegerle

Rezension

Demaskierung

NPD-Gebaren auf dem Seziertisch.

Die SPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern ist Herausgeber eines fast 260-seitigen Buches, das die NPD-Arbeit im Parlament von Schwerin wie auf dem Seziertisch genau analysiert. Es wird der Frage nachgegangen, wie sich die Abgeordneten der Nationaldemokraten öffentlich verhalten, welche Strategien sie erkennen lassen. Unter dem Strich bleibt der Buchtitel als Fazit: „Provokation als Prinzip“.

In verschiedenen Beiträgen wird nicht nur das Parlamentsgebaren der rechtsextremen Mandatsträger unter die Lupe genommen, sondern auch ihre Verbindungen und ihr Verhalten beispielsweise im Kontakt mit außerparlamentarischen Neonazi-Organisationen und ihr Auftreten bei Aktivitäten aus diesem Milieu. Mal geben sich die sechs am 17. September 2006 in den Landtag eingezogenen NPD-Abgeordneten als Biedermänner, mal als populistischer Lautsprecher. Unverhohlener Anspruch bleibt laut ihrem Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs: „Die NPD will als Speerspitze der parlamentarischen Opposition das gesamte System … aus den Angeln haben.“

Das Schweriner Schloss wird für dieses Ziel allzu gerne als Bühne für Eklats und Selbstdarstellung genutzt. In der Öffentlichkeit präsentiert sich die verfassungsfeindliche NPD als „Kümmerer“ und in der „Opferrolle“ gegenüber den etablierten Parteien. Die einzelnen Kapitel zeigen in einer Zwischenbilanz nach 18 Monaten Parlamentsarbeit, dass bei genauer Betrachtung die Maske der NPD fällt. Als Belege werden dazu anhand von sechs Beispielen Anträge und Redeprotokolle aus Debatten angeführt. Auch mit dem parlamentarischen Mittel der Anfrage entlarvt sich die NPD nicht selten, die es immer wieder versucht, die demokratischen Parteien gegeneinander auszuspielen. Ein Blick auf die personellen Besetzungen der NPD-Mitarbeiter in der Fraktion oder im Wahlkreis verrät auch, wessen Geistes Kind hinter der Partei steckt, und zeigt vor allem den gewollten Brückenschlag zu Freien Nationalisten.

Gestreift werden in dem Taschenbuch Ideologie und Taktik der Neonazis mit Blick auf das Thema „Globalisierung“, das im Vorjahr durch den G 8-Gipfel in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern eine ganz besondere Rolle spielte. Schließlich wird Zivilcourage und Toleranz im Alltag eingefordert, um die Demokratie zu stabilisieren beziehungsweise zu stärken.

Als Autoren fungieren neben den SPD-Abgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern Mathias Brodkorb, Volker Schlotmann und Erwin Sellering (Minister für Soziales und Gesundheit) unter anderen die Journalisten und Rechtsextremismusexperten Toralf Staud und Andrea Röpke. Röpke beschäftigt sich dezidiert mit dem Auftreten der „Heimattreuen Deutschen Jugend“, die gerade auch in dem nordöstlichen Bundesland feste (Führungs-)Strukturen aufzuweisen hat, wobei dabei auch die NPD die Fäden zieht. Das Werk liefert gutes Handwerkszeug, ist eine eminente Fleißarbeit mit guter Recherche und gutem Quellenmaterial. Fazit: Dem sehr brauchbaren Sachbuch fehlt eigentlich nur ein Namensregister.

Horst Freires

Mathias Brodkorb/Volker Schlotmann, Provokation als Prinzip, Adebor-Verlag, Schwerin 2008, 260 Seiten, 13,90 Euro.

Nachwendefolgen

Ostdeutsche Jugendliche als Opfer der Individualisierung?

Können rechtsextreme Jugendliche in den neuen Bundesländern als Verlierer der Individualisierung gelten? Diese Frage stellt sich die Erziehungswissenschaftlerin Johanna Engelbrecht in ihrer Studie „Rechtsextremismus bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende“. Ihr geht es dabei um die Überprüfung der Individualisierungstheorie, die Wilhelm Heitmeyer zur Erklärung des jugendlichen Rechtsextremismus entwickelt hat. Engelbrechts Arbeit gliedert sich in zehn Kapitel: Nach Ausführungen zu Definition und Erklärungsansätzen von Rechtsextremismus beschreibt sie Geschichte und Staatswesen der DDR und Erziehung und Jugend im SED-Staat. Dem folgend geht es ausführlicher um Vorkommnisse und Vorfälle von jugendlichem Rechtsextremismus in Ostdeutschland vor und nach der Wende und um die Bedingungsfaktoren für das Aufkommen in diesen unterschiedlichen Phasen. Dazwischen geschaltet sind Ausführungen zum Umgang der DDR mit Rechtsextremismus und pädagogischen Gegenstrategien.

Bilanzierend bemerkt die Autorin, dass die Folgen von Individualisierung durchaus im Zusammenhang mit manchen rechtsextremen Einstellungen und Handlungsweisen stünden: „Zur Erklärung des Rechtsextremismus und der fremdenfeindlichen Gewalt reicht jedoch das Individualisierungstheorem nicht aus. Eine Theorie, die Rechtsextremismus erklären will, muss mehrere Ursachemomente mit einbeziehen und eine gewisse ... Flexibilität aufweisen.“ Hinzu kommen müssten noch aktuelle gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Faktoren, familiäre oder schulische Einflüsse sowie persönliche Dispositionen. Bisherige Erklärungsansätze stünden weitgehend unverbunden nebeneinander, gleichwohl wäre nach der Abkehr vom jeweiligen Erklärungsmonopol eine Synthese sehr wohl möglich. Und weiter: „Heitmeyers Ansatz wäre fruchtbringend, wenn man Individualisierung in ihrer Ambivalenz und als mögliche Bedingung, nicht aber als Ursache von Rechtsextremismus begreift“ (S. 166).

Die in dieser Einschätzung deutlich werdende Entschiedenheit und Klarheit im Urteil vermisst man allerdings über weite Strecken der Arbeit. Zwar referiert Engelbrecht sachkundig und zutreffend den Forschungsstand, setzt sich aber nicht analytisch und eigenständig mit den präsentierten Informationen auseinander. Dies geschieht leider nur in kurzen Kommentaren und in der abschließenden Zusammenfassung. Darüber hinaus orientiert sich die Autorin all zu stark an der bisherigen Sekundärliteratur, wobei interne Stasi-Unterlagen zum Thema „Rechtsextremismus in der DDR“ nur am Rande aufgearbeitet werden. Mit ihrem kritischen Urteil zum eindimensionalen Erklärungsansatz der „Individualisierungstheorie“ vermag sie durchaus zu überzeugen, solch ein komplexes Phänomen wie der Rechtsextremismus lässt sich nicht monokausal erklären.

Armin Pfahl-Traughber

Johanna Engelbrecht, Rechtsextremismus bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2008, 187 Seiten, 39,00 Euro.

Meldungen

„Höhepunkt" im NPD-Wahlkampf

Passau – Der NPD-Kreisverband Passau will am 9. August im Großraum Passau eine Wahlveranstaltung durchführen. Die Veranstaltung soll „einer der Höhepunkte" des bayerischen NPD-Wahlkampfes für die Bezirks- und Landtagswahlen am 28. September werden und den „Anfang vom Ende der etablierten Blockparteien in Bayern" bilden. Als Redner sind Gerhard Gregori, NPD-Spitzenkandidat bei der niederbayerischen Bezirkstagswahl, Matthias Fischer, bayerischer Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, vormals Anführer der zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Truppe „Fränkische Aktionsfront" (FAF), und Udo Pastörs, NPD-Fraktionsvorsitzender im Schweriner Landtag, angekündigt. Für die musikalische Gestaltung der NPD-Veranstaltung sollen unter anderem der Liedermacher „Julmond" (= Robert Stange aus Thüringen) und die Szeneband „Extressiv" (vormals „Hausordnung" aus Dortmund) sorgen. (am)

Revision eingelegt

Halle – Der kürzlich beendete Prozess gegen vier Neonazis nach einem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Sangerhausen im Januar vergangenen Jahres (bnr 14/08) muss neu aufgerollt werden. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch zwei der vier Angeklagten haben gegen das Urteil des Landgerichts Halle Revision beim Oberlandesgericht in Naumburg beantragt. Drei bekennende Neonazis waren in dem Prozess wegen Mordversuchs und schwerer Brandstiftung zu Haftstrafen zwischen drei Jahren, neun Monaten und fünf Jahren, vier Monaten verurteilt worden, eine Frau erhielt wegen Beihilfe eine Jugendstrafe von zwei Jahren auf Bewährung. (löb)

Aderlass bei hessischer NPD

Ehringshausen – Die bundesweit bekannten NPD-Funktionäre Doris und Alfred Zutt aus dem hessischen Ehringshausen haben ihre kommunalpolitischen Ämter niedergelegt. Eigenangaben zufolge wollen die Zutts nach Waren in Mecklenburg-Vorpommern umziehen. In der Kreisstadt Waren hatte Doris Zutt 2001 bei der Bürgermeisterwahl kandidiert und zwei Prozent erzielt. Doris Zutt (Jg. 1955), bis Mai dieses Jahres NPD-Bundesvorstandsmitglied, gehörte seit 1989 dem Gemeinderat in Ehringshausen und seit 2006 dem Kreistag des Lahn-Dill-Kreises an. Ehemann Alfred Zutt (Jg. 1935) war ebenfalls langjähriger Kreistagsabgeordneter. Den Umzug begründet das rechtsextreme Ehepaar damit, dass im Land Hessen „immer mehr Sinti und Kopftücher das Straßenbild prägen" würden. Dies entspräche nicht ihrem „Verständnis von einer deutschen Kommune". Heimat sei für sie, „wo man noch Deutscher unter Deutschen sein kann und sich geborgen fühlt, wie in Mecklenburg-Vorpommern". Vor dem Ehepaar Zutt hatte auch Marcel Wöll, von Mai 2006 bis April 2008 hessischer NPD-Landesvorsitzender, sein Mandat im Wetterauer Kreistag niedergelegt. Wöll will angeblich nach Thüringen umziehen. Der 25-Jährige wurde Ende Juni in einem Berufungsverfahren vom Landgericht Gießen wegen Volksverhetzung zu vier Monaten Haft verurteilt. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de